**Zeitschrift:** Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz
**Band:** 57 (1978)
**Heft:** 9

**Artikel:** Einige Bemerkungen zur Frage "Volkspartei"
**Autor:** Brügel, J.W.
**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-347566

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 13.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# Profil

*J. W. Brügel (London)*

## Einige Bemerkungen zur Frage «Volkspartei»

Richard Lienhard hat hier («Volkspartei – oder was sonst?» in Heft 6/1978) wichtige Feststellungen zur heutigen ideologischen Situation der Sozialdemokratie gemacht, Feststellungen, die man zum Schaden der Sache bisher nicht vernommen hat. Insbesondere scheint mir seine Konstatierung wesentlich, dass eine als Volkspartei auftretende Sozialdemokratie eine Reformpartei sein muss, die jeden anderen als den demokratischen Weg zum Sozialismus verwirft. Eine Binsenwahrheit, gewiss, und kein vernünftiger Mensch würde der SPS, um die es Lienhard natürlich in erster Linie geht, Tendenzen zum Revoluzzertum nachsagen. Aber gerade die Tatsache, dass man das erst auseinandersetzen muss, zeigt, dass über den Fragenkomplex noch nicht genug Klarheit besteht. Vielleicht ist daher ein Versuch angezeigt, ihn durch einige nicht auf die Schweiz beschränkte Hinweise zu beleuchten.

Dass das gesellschaftliche Sein das Bewusstsein bestimmt, ist eine gut marxistische Erkenntnis, die, auf die eigene Bewegung angewendet, besagt, dass die Situation, in der eine sozialistische Partei operiert, naturgemäss ihr Denken beeinflusst. Solange die sozialdemokratische Bewegung kaum Gelegenheit hatte, in die Geschicke der Gemeinde oder des Staates einzugreifen, war ein Wunschdenken natürlich, das sich in der Auffassung niederschlug, dass die Gewinnung der grossen Mehrheit der arbeitenden Menschen – identisch mit der Bevölkerungsmehrheit – für die Ideale der Sozialdemokratie die Rettung aus dem bisherigen, durch Ausbeutung, Unterdrückung und Unrecht charakterisierten Zustand bringen muss, wobei die internationale Ausrichtung der Sozialdemokratie den Sieg ihrer Ideen über den Rahmen des eigenen Staates hinweg ermöglicht. Es war der Glaube an die Mission der Arbeiterklasse, der – vergessen und unterschätzen wir das nicht! – die Partei so gross und mächtig werden liess, wie sie es nie geworden wäre, wenn sie sich nur als Bewegung zur Abschaffung eines einzigen Übels – sagen wir, weil das heute so im Vordergrund steht, der Umweltverschmutzung – etabliert hätte. Aber in gewissem Sinne ist die Partei das Opfer ihrer eigenen Erfolge geworden. Ob sie es will oder nicht, sie kann nicht das bleiben, als was sie angetreten ist, nämlich als Arbeiterpartei.

Die arbeitenden Menschen haben sich nicht in der Sozialdemokratie organisiert oder ihr bei Wahlen die Stimmen gegeben, damit sie sich nachher ins Schneckenhaus zurückzieht mit der Begründung, sie könne erst tätig werden, sobald sie zumindest eine Mehrheitsposition errungen hat. Sie verlangen von ihr, dass sie ihren durch demokratische Entscheidung entstandenen Anspruch auf Beteiligung an der Macht zugunsten der sozial Schwachen, der Entrechteten und Benachteiligten in die Waagschale wirft. Das bringt sie in ständigen Wettbewerb mit anderen politischen Parteien. In diesem Wettbewerb in der Demokratie kann sie nur erfolgreich bestehen, wenn sie ihren Appell nicht bewusst einschränkt: sie kann nicht nur an die «arbeitenden Menschen» im weitesten Sinne des Wortes, sie muss an die ganze Wählerschaft appellieren. Dadurch wird die ursprüngliche Arbeiterpartei nach und nach zur Volkspartei, ob sie es will oder nicht.

Früher sah man die Dinge anders. In Österreich hat Otto Bauer, ohne Zweifel der bedeutendste Theoretiker des demokratischen Sozialismus in der Zwischenkriegszeit unter jenen, die auch praktische Politiker waren, gepredigt, dass seine Partei, die 40 Prozent der Wähler hinter sich hatte, alles daransetzen müsse, wenigstens 51 Prozent zu erzielen. Dann würde sie das Land nach ihren eigenen Begriffen regieren und ihr Programm verwirklichen können. Diese Lehre könnte Bauer nicht mehr aufrechterhalten, wenn er noch lebte (er ist 1938 als Emigrant in Paris gestorben). Seine Partei hat heute in Österreich eine Mehrheitsposition und führt allein die Regierung, aber sie kann dies nicht nach sozialistischem Gutdünken tun. Sie muss bei jeder Massnahme, die sie plant, immer von neuem um die Zustimmung der «öffentlichen Meinung» – eine nicht messbare Grösse – ringen und sieht sich gezwungen, wenn sie hier aus emotionellen Gründen auf Schwierigkeiten stösst, wie in der Frage eines Atomkraftwerks, Zuflucht zu einer Volksabstimmung zu nehmen, also die Verantwortung von sich auf die Wählerschaft abzuwälzen. Otto Bauer war es auch, der die Doktrin von der Sozialdemokratie als Arbeiterpartei am eindeutigsten formuliert hat. In dem Bericht an den Parteitag 1923 schrieb er (zitiert in O. Leichters Buch «Otto Bauer, Tragödie oder Triumph», Wien 1970, S. 277):

> «Wer immer zu uns kommen will, muss wissen, er kommt in eine Arbeiterpartei, . . . für die die Arbeiterinteressen die oberste Richtschnur des Handelns sind . . . Aber indem die Arbeiterklasse für ihre eigene Befreiung kämpft, wird ihr Befreiungskampf unvermeidlich . . . zu einem Kampf, dessen Früchte nicht nur sie ernten wird, sondern alle diejenigen, die . . . ausgebeutet sind durch das Grosskapital.»

Diese Diktion würde sich in das Wort von der «offenen Partei», das die österreichischen Sozialisten jetzt gebrauchen, nicht einfügen. Stärker und deutlicher als in den Ländern, in denen, wie in der Schweiz, vier oder

fünf Parteien miteinander in Wettbewerb stehen, prägt sich die Entwicklung zur Volkspartei in jenen Staaten aus, in denen praktisch nur zwei Parteien für die Regierungsbildung oder Regierungsführung in Betracht kommen. Es zwingt beide Parteien zu einer an sich widersprüchlichen Entwicklung: sie müssen beide im gleichen Atemzug sowohl die Ähnlichkeiten als auch die grundlegende Andersartigkeit unterstreichen. Sicherlich sind die sozialdemokratischen Parteien durch diese Entwicklung etwas nach rechts gerückt worden. Aber es scheint uns wesentlicher, dass die bürgerlichen Parteien weit stärker nach links abgetrieben worden sind. Triumph und zugleich Belastung jeder sozialistischen Taktik – alle wollen sie jetzt im Grund das gleiche wie die Sozialisten: Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit, ein steigendes Lebensniveau auch für jene, die früher Stiefkinder der Gesellschaft waren. Es bleibe unerörtert, inwieweit darin nur Wählerfang mit populären Parolen liegt und inwieweit bessere Erkenntnis darin steckt. Tatsache ist, dass sie alle das gleiche Resultat anzustreben behaupten wie die Sozialisten, wenngleich sie es so darstellen, als würde ihre spezifische Ideologie oder ihre politische Methode eher zu dem von allen angestrebten gleichen Ziel führen. In der Theorie schwärmen die britischen Konservativen von der alle Schwierigkeiten überwindenden und alle Härten glättenden privaten Initiative, aber wenn während ihrer Regierungszeit ein Zehntausende Menschen beschäftigendes Automobilwerk in Schwierigkeiten gerät, pumpen sie erst in rauhen Mengen Staatsgelder, also Steuergelder, in den Betrieb und nationalisieren ihn dann, um ihn vor dem Zusammenbruch zu retten. Hingegen müssen sozialistische Finanz- und Wirtschaftsminister oft einen erbitterten Kampf gegen sozial durchaus vertretbare, aber im «Gesamtinteresse» eben zu vermeidende Lohnerhöhungen führen, was ihnen den Vorwurf einträgt, bessere konservative Finanz- und Wirtschaftspolitik zu treiben als die Konservativen selbst.

Sehen wir uns einmal die Folgen eines Lebens mit bloss einer Alternative in einer anderen Dimension an. In London gibt es nur zwei Abendblätter, zwischen denen eine heftige Konkurrenz tobt, aber keine ideologischen Gegensätze bestehen. Beide sind im Grunde unpolitisch und hüten sich schon aus Rücksicht auf die Kundschaft vor antisozialistischen Ausfällen, wären aber im Zweifelsfalle dem konservativen Lager zuzuzählen. «Evening Standard» ist ein klein wenig «intellektueller» als «Evening News», welches Blatt sich an Leser mit bescheideneren Ansprüchen wendet. Aber um die Konkurrenz aus dem Feld zu schlagen, hat sich interessanterweise das Blatt mit der grösseren Auflage («Evening News», etwa 600 000) dem mit der kleineren Auflage («Evening Standard», etwa 500 000) in Format und Aufmachung angepasst. Der Käufer des einen Blattes soll unter dem Eindruck leben, er habe das andere gekauft, auf das er eigentlich erpicht gewesen ist. Täuschen wir uns nicht darüber, dass es ähnliche Erscheinungen auch in der politischen Sphäre gibt. Wie anders

soll man den Verzicht auf jedes parteipolitische Argument in einem Propagandaflugblatt mit dem Text «Köln zuliebe – wählt SPD» einschätzen, wo bewusst ein Text gewählt wird, den mit Auswechslung von drei Buchstaben auch die Gegenpartei benützen könnte? Sicher soll man bei der Bewertung von Propagandaschlagworten nicht zimperlich sein, aber wenn es auch ein krasser Fall ist, ist er doch auch wieder für die politische Gegenwart charakteristisch.

Aber bleibt uns deshalb keine andere Wahl als das Absinken auf das Niveau einer Allerweltspartei, die, Stein unter Steinen, eine von mehreren im Grunde gleichgearteten ist, in einem Zweiparteiensystem bestenfalls die fortschrittlichere und sozialere der beiden Alternativen? Sind wir die Partei von Krethi und Plethi geworden, die alles unter einen Hut zu bringen verspricht, die Interessen der Mieter wie die der Hausherren, der Ausgebeuteten wie der Ausbeuter? Glücklicherweise gibt es einen Umstand, der verhindert, dass die Sozialdemokratie eine Partei so wie alle die anderen wird, wohlmeinend und mit guten Intentionen zwar, aber sich darin höchstens prozentuell von anderen unterscheidend. Es ist die Bindung oder Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaften. Die Methoden sind verschieden: in Grossbritannien und Skandinavien sehen wir die völlige Identifizierung der grössten Gewerkschaften mit der Partei, in der Schweiz eine enge und freundschaftliche Zusammenarbeit der Partei mit der ihr weltanschaulich nahestehenden der im Lande vorhandenen Gewerkschaftszentralen. Wieder anders sind die Beziehungen in der Bundesrepublik, in Italien, in Österreich. (Nur in Frankreich hat es den Anschein, als würden zumindest formell keine Beziehungen zwischen der Sozialistischen Partei und den beiden freigewerkschaftlichen Landeszentralen CFDT und Force Ouvrière bestehen.) Auch als die sozialdemokratischen Parteien darauf beharrten, als Arbeiterparteien angesehen zu werden («Wer immer zu uns kommen will, der muss wissen, er kommt in eine Arbeiterpartei»), hat das niemand in dem Sinne verstanden, dass bei ihnen nur die «schwielige Faust» etwas zu sagen hat. «Arbeiter» wurde niemals im restriktiven Sinne des manuellen Arbeiters aufgefasst, sondern im weitesten Sinne des Wortes «Arbeitnehmer», was auch niemals dem Zustrom von von den Idealen der Sozialdemokratie erfüllten Intellektuellen im Wege stand. Mögen sich die Gewichte auch verschoben haben, wird sich die Sozialdemokratie doch immer vor allem aus den Reihen der arbeitenden Menschen erneuern und verjüngen. So viel auch durch den Einsatz der organisierten Kraft der Arbeiterklasse errungen worden ist, so viel ist auch in den entwickelten Ländern noch zu tun – wir sehen hier von den Aufgaben ab, die zur Befriedigung der Ansprüche der Dritten Welt gestellt sind –, um die volle Gleichheit in Staat und Wirtschaft zu verwirklichen. Das Wort von den Proletariern, die nichts zu verlieren haben als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen, war, als es 1848 niedergeschrieben wurde, eine grossartige Formulierung, deren Einprägungsfähigkeit mit dazu bei-

getragen hat, die Welt so zu verändern, dass die Nachkommen der Proletarier von 1848 nicht mehr das Gefühl haben, soweit sie in demokratischen Staaten leben, ein in Ketten geschlagenes Dasein zu führen. Das bedeutet weder, dass man die Hände in den Schoss legen darf, noch dass es sinnvoll wäre, sich von nun an nur noch Flickwerk da und dort zu widmen. Nach einem Wort von Harold Wilson hat die sozialistische Bewegung nur so lange und insoweit eine Existenzberechtigung, als sie ein «Kreuzzug» ist, und das muss sie sein und bleiben: ein Kreuzzug gegen jede Form des Unrechts. Ihren Ursprung als Arbeiterbewegung nicht verleugnend, macht sie dem Sinne nach die alte Definition von Otto Bauer wahr, dass ihr Befreiungskampf den Weg zu einer besseren Welt für alle eröffnet. Eine sozialdemokratische Partei, die sich und ihrer Mission gerecht sein will, muss ihre Realisten haben, die fest auf dem Boden der Tatsachen stehen, aber auch ihre Träumer, die sich nach einer witzigen Bemerkung von Willy Ritschard den Kopf über die Nationalisierung der Milchstrasse zerbrechen.